

ZEW NEWS

Forschungsergebnisse · Veranstaltungen · Veröffentlichungen

Juli/August 2022

LETZTE
AUSGABE
ZEW NEWS

Weitere Informationen auf Seite 10

Forschungsergebnisse

**Stärkere Gefährdung
durch Cyberangriffe**

Schwerpunkt Umwelt und Energie

**Quo vadis,
Klimaökonomik?**

Standpunkt

**Rabatt gibt es nur bei
Wettbewerb**

Foto: © Parichart/stock.adobe.com

In strukturschwachen Gegenden drohen bei einem Jobverlust höhere Erwerbsrisiken

In Deutschland ist die Beschäftigung in routine-manuellen Industrieberufen insgesamt rückläufig. Dieser Strukturwandel betrifft jedoch nicht alle regionalen deutschen Arbeitsmärkte in gleichem Maße. Doch wie wirken sich regionale Unterschiede auf individuelle Erwerbsverläufe aus, und welche Rolle spielen dabei Entlassungen und berufliche Mobilität?

Die Studie beantwortet diese Fragen am Beispiel Westdeutschlands für den Zeitraum 1990 bis 2010. Sie entstand aus einer Kooperation des ZEW mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg. Die Autoren/-innen konnten erstmals zeigen, wie sich regionale Unterschiede zwischen den Arbeitsmärkten auf die Erwerbsverläufe einzelner Beschäftigter auswirken und welche Rolle berufliche Flexibilität und regionale Mobilität dabei spielen. Insgesamt lässt sich festhalten, dass sich im Untersuchungszeitraum die Berufsstruktur

verschoben hat: weg von routine-manuellen Fertigungsberufen hin zu analytischen und interaktiven Dienstleistungsberufen. Dieser Wandel betrifft nicht alle Regionen in gleichem Maße. So waren insbesondere urbane Industriezentren wie etwa das Ruhrgebiet von einem massiven Stellenabbau bei Fertigungsberufen betroffen, der jedoch kaum durch Jobwachstum in anderen Bereichen ausgeglichen wurde. Hingegen profitierten insbesondere boomende ländliche Gegenden, etwa in Süddeutschland, von einem Jobwachstum sowohl in Industrie- als auch in Dienstleistungsberufen.

Die Wissenschaftler/innen zeigen, dass sich diese regionalen Unterschiede nur dann auf die Erwerbsverläufe von Personen aus manuellen Fertigungsberufen auswirkten, wenn diese aufgrund einer Betriebsschließung oder Massenentlassung ihren Job verloren und dadurch gezwungen waren, sich einen neuen Arbeitgeber zu suchen. Der Grund: Der allgemeine Abbau

manueller Fertigungsjobs vollzieht sich in der Regel weniger durch Entlassungen als durch verringerte (Neu-)Einstellungen.

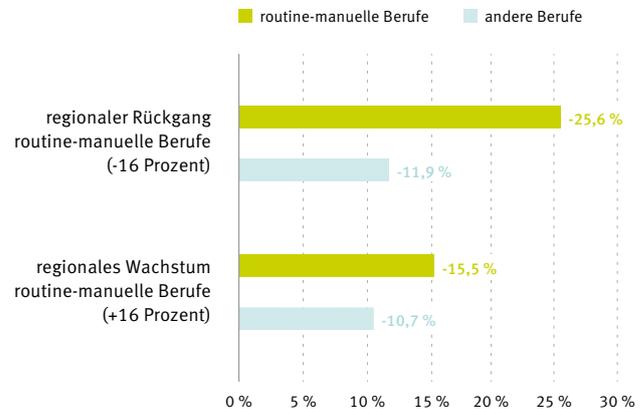
Wer dennoch von einem Jobverlust betroffen war, hatte in strukturschwachen Regionen ein deutlich höheres Risiko, langzeitarbeitslos zu werden. Dies galt insbesondere für ältere oder geringer qualifizierte Personen, die typischerweise weniger flexibel und mobil sind. Zudem kam es auch langfristig zu Lohn-einbußen, da Beschäftigte bei ihrem alten Arbeitgeber in der Industrie häufig hohe Löhne erhielten, die sie nach ihrem Job-wechsel nicht wieder realisieren konnten. Dies galt insbeson- dere bei einem Wiedereinstieg in einem anderen Berufsfeld.

Regionaler Strukturwandel erfordert gezielte politische Maßnahmen

Die Ergebnisse liefern Impulse zur Gestaltung künftiger Trans- formationsprozesse, etwa des Kohleausstiegs oder des Umstiegs auf E-Mobilität, deren Folgen sich ebenfalls auf bestimmte Re- gionen konzentrieren werden. Die Autoren/-innen folgern, dass die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt mit niedrigeren indi- viduellen Erwerbsrisiken einhergehen, wenn die Beschäftigten gezielt auf einen etwaigen Stellenabbau vorbereitet werden.

Es ist wichtig, mit einem Bündel an Maßnahmen auf die He- rausforderungen des Strukturwandels zu reagieren. Neben Um- schulungen zur Förderung der beruflichen Flexibilität sollten auch zeitlich begrenzte staatliche Beihilfen bei Lohneinbußen nach einem Berufswechsel zum Einsatz kommen. Auch Mobili- tätsprämien, die neben monetären auch nicht-monetäre Kosten eines Umzugs berücksichtigen, könnten helfen, einer steigen-

BESCHÄFTIGUNGSWAHRSCHEINLICHKEIT EIN JAHR NACH ENTLASSUNG JE NACH REGION



In strukturschwachen Regionen mit einem Rückgang von routine-manuellen Berufen um 16 Prozent sinkt die Wahr- scheinlichkeit, nach einem Jahr wieder eine Beschäftigung gefunden zu haben, bei routine-manuellen Arbeiten um 25,6 Prozent und bei anderen Berufen um 11 Prozent. Quelle: ZEW

den Langzeitarbeitslosigkeit in strukturschwachen Regionen entgegenzuwirken. Es wird ein Ansatz benötigt, der die re- gionalen Arbeitsmarktbedingungen bei betriebsbedingten Kündi- gungen berücksichtigt und wenig flexible, vulnerable Gruppen gesondert in den Blick nimmt.

Download der Studie: www.zew.de/PU83405

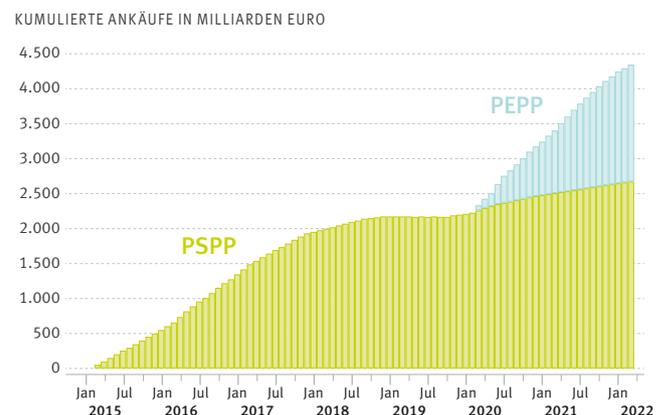
Prof. Dr. Melanie Arntz, melanie.arntz@zew.de
 Boris Ivanov, boris.ivanov@zew.de
 Dr. Laura Pohlan, Laura.Pohlan@iab.de

EZB-Anleihekaufprogramme: Es ist gut, dass die Nettokäufe jetzt enden

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihre Nettokäufe im Wert- papierkaufprogramm PSPP (Public Sector Purchase Programme) im Juni und im PEPP (Pandemic Emergency Purchase Programme) bereits im März beendet. Das PSPP ist das ältere Programm und seit 2015 aktiv, während das PEPP als Krisenprogramm zu Beginn der Pandemie im März 2020 aufgelegt wurde. Eine Studie des ZEW mit Unterstützung der Brigitte Strube Stiftung hat untersucht, wie die Anleihekäufe auf die verschiedenen Eurostaaten verteilt worden sind.

In der ZEW-Analyse zeigt sich, dass die EZB seit Beginn der Pan- demie besonders die Anleihen von Zypern und Italien in ihren beiden Kaufprogrammen PSPP und PEPP deutlich übergewichtet hat. Seit März 2020 hat das Eurosystem in beiden Programmen zusammen 18 Prozent (7,5 Prozent) mehr zypriotische (italieni- sche) Staatsanleihen gekauft, als dies nach dem Anteil des Lan- des am EZB-Kapitalschlüssel eigentlich vorgesehen ist. Auch

SUMME DER NETTOANKÄUFE DES KRISENPRO- GRAMMS PEPP UND DES LÄNGERFRISTIGEN PSPP



Quelle: ZEW

Deutschland wurde ebenfalls übergewichtet, wobei die Käufe mit insgesamt 3 Prozent über dem deutschen Anteil im EZB-Kapitalschlüssel lagen. Bis März 2022 wurden insgesamt 4,3 Billionen Euro an Staatsanleihen angekauft. Dabei haben die Kaufanteile der einzelnen Länder im Zeitverlauf stark geschwankt. Nach einer anfänglich starken Übergewichtung von Italien und Spanien im Frühjahr 2020 waren deren Anteile bis zum Herbst 2021 wieder auf ein normales Maß gefallen. Seitdem hat die Übergewichtung dieser beiden Länder jedoch wieder deutlich zugenommen.

EZB besitzt inzwischen fast ein Drittel der Staatsschulden von Euroländern

Die ZEW-Studie berechnet darüber hinaus den Umfang der pro Land angekauften Staatsanleihen relativ zur Wirtschaftskraft und zur gesamten Staatsschuld des jeweiligen Euromitglieds. Für die Eurozone insgesamt haben die Zentralbanken des Eurosystems bereits 32 Prozent der gesamten Staatsschuld angekauft. Die Studie weist darauf hin, dass die Bestände damit genau an der kritischen Schwelle von 33 Prozent liegen. Diese

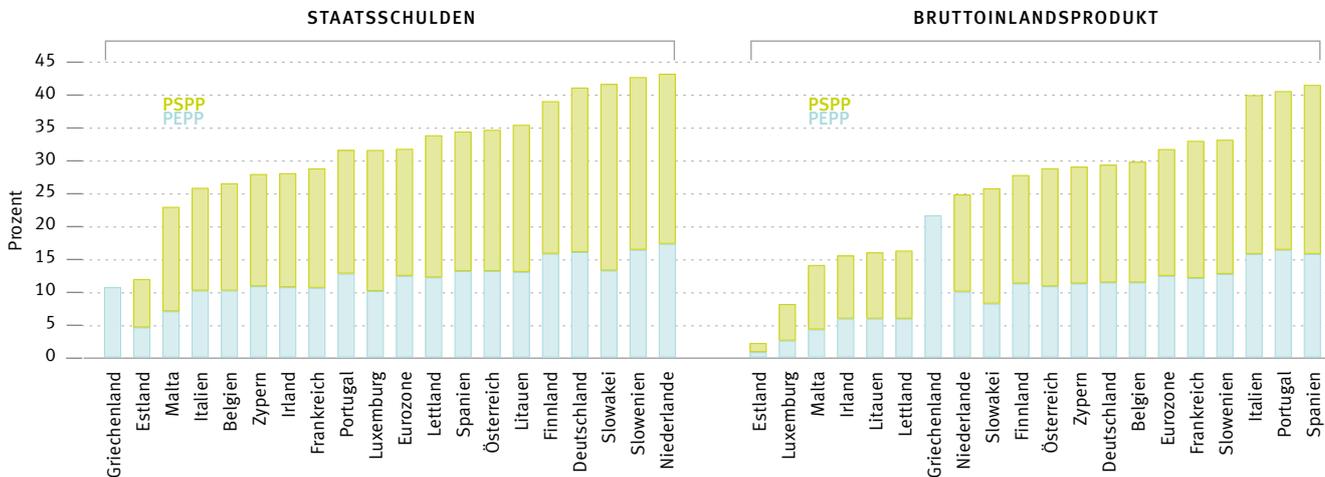
Marke hatte sich die EZB anfangs als Obergrenze gesetzt, weil ein Investor mit Anteilen von einem Drittel in möglichen Umschuldungsverhandlungen ein Vetorecht besitzt. Die rechtliche Sorge ist, dass ein Überschreiten dieser Grenze die EZB noch näher in den Graubereich der verbotenen monetären Staatsfinanzierung bringt. Insgesamt belegen die Berechnungen der Wissenschaftler, dass die EZB versucht hat, sich der Ausweitung von Risikoaufschlägen auf südeuropäische Anleihen entgegenzustellen. In Zukunft kann die EZB zwar Erlöse aus fällig werdenden Anleihen auch weiterhin zum gezielten Ankauf von bedrängten Staaten kaufen. Ob das zur Beruhigung der Märkte reicht, ist aber unsicher.

Günstig ist laut der Autoren der Zeitpunkt für das Ende der Anleihekäufe: Es ist gut, dass die Nettokäufe jetzt enden, bevor die Bestände über die kritische Schwelle von einem Drittel der Euro-Staatsschuld hinausklettern. Das ist ein wichtiges Signal, dass die EZB nicht zum alles entscheidenden Financier des Fiskus in Europa werden möchte.

Download der Studie: www.zew.de/PU83410

Prof. Dr. Friedrich Heinemann, friedrich.heinemann@zew.de
Carlo Birkholz, carlo.birkholz@zew.de

ANTEIL DER PEPP- UND PSPP-ANLEIHENBESTÄNDE AN GESAMTSCHULDEN DER EURO-LÄNDER UND DEREN BIP



Die Daten zum Schuldenstand und zum BIP stammen aus der AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission. Die zugrunde liegende BIP-Variable ist definiert als das BIP zu laufenden Preisen. Die Variable Schuldenstand ist definiert als Bruttoverschuldung des Staates. Alle Daten zu den PSPP- und PEPP-Käufen stammen von der Website der EZB. Quelle: ZEW

INHALT

In strukturschwachen Gegenden drohen bei einem Jobverlust höhere Erwerbsrisiken 1
 EZB-Anleihekäufe: Es ist gut, dass die Nettokäufe jetzt enden ... 2
 Einführung von Mindestlöhnen führt zu mehr Soloselbstständigkeit bei Fachkräften 4
 Unternehmen in Deutschland sehen eine stärkere Gefährdung durch Cyberangriffe 5

„Klimapolitik muss sich lohnen“ – #ZEWSBookTalk mit Achim Wambach ... 6
 Schwerpunkt Umwelt/Energie 7
 Nachgefragt: Was kann der Einzelne für den Klimaschutz tun? 9
 ZEW intern 10
 Daten und Fakten, Termine 11
 Standpunkt 12



Foto: © WavebreakmediaMicro/stock.adobe.com

Einführung von Mindestlöhnen führt zu mehr Soloselbstständigkeit bei Fachkräften

In den letzten beiden Jahrzehnten hat die Zahl der Soloselbstständigen zugenommen, auch wenn sie häufig unter ungünstigeren Bedingungen arbeiten als Angestellte. Wie die Einführung von Mindestlöhnen in vier Handwerksbranchen diese Entwicklung beeinflusst hat, zeigt eine aktuelle ZEW-Studie gemeinsam mit dem Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA).

Soloselbstständige sind Selbstständige oder Freiberufler/innen, die keine Angestellten beschäftigen. Verglichen mit Angestellten arbeiten sie in der Regel weniger Arbeitsstunden, erhalten niedrigere Einkünfte und machen Abstriche bei Beschäftigungsschutz, sozialer Sicherung und Rente. Trotz dieser Nachteile ist Soloselbstständigkeit in vielen Industrieländern auf dem Vormarsch. So ist in Deutschland ihr Anteil an der Erwerbsbevölkerung zwischen 1992 und 2010 von 2,3 auf 4,9 Prozent gestiegen.

Mindestlöhne steigerten Soloselbstständigkeit vor allem in Ostdeutschland

Die erste deutsche Branche, die Mindestlöhne zahlte, war das Bauhauptgewerbe (Januar 1997), gefolgt vom Elektrohandwerk (Juni 1997), dem Dachdeckergewerbe (Oktober 1997) sowie dem Maler- und Lackiererhandwerk (Dezember 2003). Einen branchenübergreifenden Mindestlohn gibt es in Deutschland seit 2015. Vor allem geringqualifizierte Arbeitnehmer/innen sind von der Einführung der Mindestlöhne direkt betroffen; Fachkräfte – Höherqualifizierte mit Berufsausbildung plus mindestens sechs Jahre Berufserfahrung oder Meister/innen – waren aufgrund ihrer höheren Löhne davon in der Regel nur indirekt betroffen. Selbstständig machen konnten sich indes ausschließlich die Fachkräfte, da diese Option im deutschen Handwerk in den meisten Branchen Meistern/-innen vorbehalten ist („Meisterpflicht“).

Gegenstand der Untersuchung sind die vier Branchen, die als erste Mindestlöhne einführten; betrachtet wird die Entwicklung im Zeitraum 1992 bis 2010. Die Analyse beruht auf mehreren Datenquellen, unter anderem auf dem Mannheimer Unterneh-

menspanel (MUP) des ZEW. Laut Studie war der Trend zur Soloselbstständigkeit in den Branchen mit Mindestlohn besonders ausgeprägt, anders als im restlichen Handwerk. Je nach Branche oder Region nahm ihr Anteil an allen Beschäftigten in den sechs Jahren nach Einführung des Mindestlohns um 1,1 bis 8,5 Prozentpunkte zu.

Im Bauhauptgewerbe war dieser Anstieg am stärksten ausgeprägt: Hier erhöhte sich durch die Einführung des Mindestlohns der Anteil der Soloselbstständigen sechs Jahre nach der Reform um 8,5 Prozentpunkte in Ost- und 5,2 Prozentpunkte in Westdeutschland. Dies bedeutet, dass sich in dieser Branche die Soloselbstständigkeit gegenüber 1996 – dem Jahr vor Einführung der Mindestlöhne – in Westdeutschland verdoppelt und in Ostdeutschland sogar versechsfacht hat.

Die Wissenschaftler erklären die Studienergebnisse folgendermaßen: Durch die Mindestlöhne stiegen die gesamten Arbeitskosten. Die Betriebe konnten aufgrund dessen insgesamt weniger Personal einstellen, die Nachfrage nach Beschäftigten sank. Der Einbruch war so stark, dass selbst der Bedarf an Fachkräften zurückging, obwohl diese aufgrund ihres hohen Lohns gar nicht direkt vom Mindestlohn betroffen waren. Viele Fachkräfte wechselten daher wegen fehlender Job- und Verdienstaussichten in die Soloselbstständigkeit.

Auf diese Weise drängte der Mindestlohn Fachkräfte in die Soloselbstständigkeit, die ansonsten abhängige Beschäftigungsverhältnisse bevorzugt hätten. Darauf deuten auch die ZEW-Daten hin: So sanken die Einkommen von Soloselbstständigen im Beobachtungszeitraum vor allem bei denen, die sich erst nach Einführung des Mindestlohns selbstständig gemacht hatten, also eher aus der Not heraus als aus unternehmerischem Kalkül. Diese Auswirkungen sind allerdings nur im Osten zu beobachten, wo der Mindestlohn relativ zum vorherigen Lohnniveau außerordentlich hoch war. Solche negativen Nebeneffekte sind daher beim branchenübergreifenden Mindestlohn, der aktuell deutlich moderater ist, noch nicht zu erwarten.

Download der Studie: www.zew.de/PU83465

Dr. Terry Gregory, terry.gregory@iza.org
Dr. Ulrich Zierahn, u.t.zierahn@uu.nl

Unternehmen in Deutschland sehen eine stärkere Gefährdung durch Cyberangriffe

Der Ukraine-Krieg stellt Unternehmen in Deutschland vor große Herausforderungen. Die hohen Energiepreise sowie der erschwerte Zugang zu Vorleistungen und Vorprodukten belasten die Geschäftstätigkeit insbesondere im verarbeitenden Gewerbe. Sowohl in der Informationswirtschaft als auch im verarbeitenden Gewerbe nehmen zudem vor allem größere Unternehmen eine verstärkte Gefährdung durch Cyberrisiken wahr und haben zusätzliche Schutzmaßnahmen getroffen. Dies zeigen repräsentative Ergebnisse einer ZEW-Befragung unter rund 700 Unternehmen aus dem verarbeitenden Gewerbe und der Informationswirtschaft, welche die IKT-Branche, Mediendienstleister und wissensintensive Dienstleister umfasst.

Fast jedes dritte Unternehmen in der Informationswirtschaft stimmt der Aussage zu, dass sich für das eigene Unternehmen die Gefährdung durch Cyberangriffe seit Kriegsbeginn deutlich verstärkt hat. Ebenso viele Unternehmen haben im Zuge dessen zusätzliche Maßnahmen zum Schutz vor Cyberangriffen getroffen. Dabei steigt mit zunehmender Unternehmensgröße die wahrgenommene Cybergefahr. Unter den kleinen Unternehmen mit 5 bis 19 Beschäftigten nimmt etwa jedes vierte Unternehmen gestiegene Cyberrisiken wahr und trifft deshalb zusätzliche Schutzmaßnahmen. Zum Vergleich: Bei den großen Unternehmen mit mindestens 100 Beschäftigten stimmen fast zwei Drittel den Aussagen zu, dass sich ihre Gefährdung durch Cyberangriffe seit Kriegsbeginn deutlich verstärkt hat oder dass sie seitdem zusätzliche Schutzmaßnahmen getroffen haben.

Auch die Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe sehen sich seit Kriegsbeginn häufig einer gestiegenen Cybergefahr ausgesetzt. Über alle dargestellten Unternehmensgrößen hin-

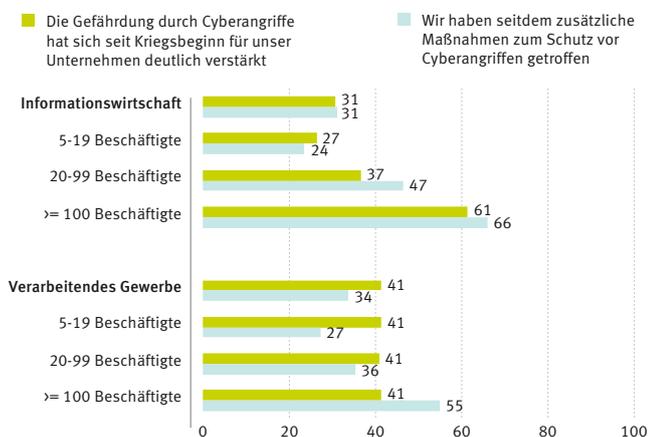
weg stimmen 41 Prozent der Unternehmen der entsprechenden Aussage zu. Zusätzliche Maßnahmen zum Schutz vor Cyberangriffen hat derweil etwa jedes dritte Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe getroffen. Wie häufig Schutzmaßnahmen getroffen werden, hängt hierbei wiederum von der Unternehmensgröße ab: Bei den kleinen Unternehmen mit 5 bis 19 Beschäftigten haben 27 Prozent zusätzliche Schutzmaßnahmen getroffen, während dieser Anteil bei Unternehmen mit mindestens 100 Beschäftigten mit 55 Prozent doppelt so hoch ausfällt.

Belastungen durch erhöhte Energiepreise oder unterbrochene Lieferketten weit verbreitet

Die große Mehrheit der Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe spürt Belastungen durch gestiegene Energiepreise oder einen verschlechterten Zugang zu Vorleistungen oder Vorprodukten. So stimmen 85 Prozent der Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe der Aussage zu, dass erhöhte Energiepreise aktuell eine ernstzunehmende Belastung für die eigene Geschäftstätigkeit darstellen. Unternehmen mit mindestens 100 Beschäftigten stimmen dieser Aussage mit einem Anteil von 93 Prozent etwas häufiger zu als Unternehmen mit 5 bis 19 Beschäftigten (83 Prozent) oder 20 bis 99 Beschäftigten (84 Prozent). Im Kontext gestörter Lieferketten stimmen 88 Prozent der Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe der Aussage zu, dass der verschlechterte Zugang zu Vorleistungen und Vorprodukten aktuell eine ernstzunehmende Belastung für die eigene Geschäftstätigkeit darstellt. Hier sind es die kleinen Unternehmen mit 5 bis 19 Beschäftigten, die dieser Aussage mit einem Anteil von 91 Prozent etwas häufiger zustimmen als mittlere oder große Unternehmen (etwa 85 Prozent).

Auch Unternehmen in der Informationswirtschaft, die sich in erster Linie aus dem Dienstleistungssektor zusammensetzt, spüren Belastungen durch erhöhte Energiepreise oder gestörte Lieferketten. Fast jedes zweite Unternehmen der Informationswirtschaft gibt an, dass erhöhte Energiepreise aktuell eine ernstzunehmende Belastung für die eigene Geschäftstätigkeit darstellen. Dieser Anteil ist über alle dargestellten Unternehmensgrößen hinweg recht konstant. Ein verschlechterter Zugang zu Vorleistungen und Vorprodukten stellt für 36 Prozent der Unternehmen eine ernstzunehmende Belastung für die eigene Geschäftstätigkeit dar. Dieser Anteil ist für kleine und mittlere Unternehmen fast identisch. Im Gegensatz dazu stimmt etwa jedes zweite große Unternehmen mit mindestens 100 Beschäftigten der Aussage zu und sieht die eigene Geschäftstätigkeit in ernstzunehmender Weise durch den verschlechterten Zugang zu Vorleistungen und Vorprodukten belastet.

GEFÄHRDUNG DURCH CYBERANGRIFFE



31 Prozent der Unternehmen in der Informationswirtschaft stimmen der Aussage zu, dass sich für das eigene Unternehmen die Gefährdung durch Cyberangriffe seit Kriegsbeginn deutlich verstärkt hat.
 Quelle: ZEW Konjunkturumfrage Informationswirtschaft, 2022. Befragungszeitraum: 17. März – 14. April 2022.

Prof. Dr. Irene Bertschek, irene.bertschek@zew.de
 Dr. Daniel Erdsiek, daniel.erdsiek@zew.de



Foto: © Erich Dichiser EDM

„Klima muss sich lohnen“ – #ZEWBookTalk mit Achim Wambach

Welchen Beitrag müssen Gemeinden, Bund und EU zur Erreichung der Klimaziele leisten? Welche Instrumente wirken, welche sind kontraproduktiv? Und was kann jede/r Einzelne von uns tun, um durch sein Verhalten eine klimapolitische Wirkung zu erzielen? Antworten auf diese Fragen liefert ZEW-Präsident Achim Wambach in seinem neuen Buch „Klima muss sich lohnen“.

Beim #ZEW-BookTalk am 4. Juli 2022 stellte der Ökonom vorab die Thesen seines Buches vor. Während der Buchvorstellung gab Wambach den rund 50 Teilnehmern/-innen einen Überblick über das Mehrebenengeflecht der Klimapolitik und warb für mehr ökonomische Rationalität in der Instrumentenwahl.

„Es gibt keinen anderen Bereich der Politik, in dem sich das, was Ökonomen und Ökonomen sagen, so stark unterscheidet von dem, was in der Öffentlichkeit diskutiert wird“, beschrieb Wambach einleitend die klimapolitische Debatte. Dies sei für ihn der Anlass gewesen, ein Buch zu schreiben und für eine volkswirtschaftliche Perspektive zu werben, die Maßnahmen nach der klimapolitischen Wirkung beurteilt und ökonomische Wirkungszusammenhänge der verschiedenen Instrumente berücksichtigt. Seine Sichtweise illustrierte Wambach an mehreren aktuell diskutierten Maßnahmen, wie beispielsweise am Vorschlag, auf alle Gebäude einer Stadt ein Solardach zu bauen. „Eine Solaranlage auf dem Dach hat keine eigene Klima-

schutzwirkung in Europa“, betonte Wambach. Seine Erklärung: Stromerzeugung ist Teil des europäischen Emissionshandels. Verbräuche die Stadt durch die neuen Solaranlagen weniger Zertifikate, fielen die Preise für Zertifikate, und es würden im Gegenzug mehr an anderer Stelle gekauft – denn die Gesamtmenge an Zertifikaten bleibe die gleiche. Dennoch könne sich eine Solaranlage nach Ansicht Wambachs finanziell lohnen, wenn andere Energien teurer sind. Die Entscheidung solle dann aber aus wirtschaftlichen Erwägungen getroffen werden.

Als zentrales Leitinstrument plädierte Wambach für die Erweiterung des EU-Emissionshandels. „Es wäre ein Rückschritt in der klimapolitischen Diskussion, wenn wir einen zweiten EU-Emissionshandel für die Sektoren Gebäude und Verkehr nicht einführen würden.“ Derzeit müssen sich das europäische Parlament und der Rat noch auf eine endgültige Fassung der geplanten Reform einigen. Gleichzeitig stellte Wambach heraus, dass Europa für weniger als 10 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich sei und Klimapolitik als „Weltproblem“ betrachtet werden müsse. Als zentrale Hebel sieht der Ökonom die Schaffung eines Klimaclubs und die Verwendung „kopierfähiger“ klimapolitischer Maßnahmen, wofür auch auf Bundesebene mehr Investitionen in Innovationen benötigt würden.

Patrick Siebenrock, patrick.siebenrock@zew.de
Sabine Elbert, sabine.elbert@zew.de



„KLIMA MUSS SICH LOHNEN – ÖKONOMISCHE VERNUNFT FÜR EIN GUTES GEWISSEN“

Achim Wambach analysiert die unterschiedlichen Maßnahmen der Klimapolitik und die Marktmechanismen, die dahinter wirken – manchmal gegenteilig oder ganz anders als von der Politik beabsichtigt oder den Verbrauchern erwartet. Sein Buch lichtet das undurchsichtige Gewirr klimapolitischer Einzelmaßnahmen und gibt der Leserin und dem Leser Kriterien an die Hand, um zu bewerten, was dem Klima wirklich nützt – ein ökonomisch-ökologischer Kompass in der Klimapolitik. Das Buch erscheint am 15. August 2022 im Verlag Herder:

www.herder.de/geschichte-politik-shop/klima-muss-sich-lohnen-klappenbroschur/c-34/p-24920/



Schwerpunkt UMWELT/ENERGIE

Starke ZEW-Präsenz bei Abschlusskonferenz der BMBF-Förderlinie zur Klimaökonomie

Mehr als zehn Jahre lang hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) wissenschaftliche Projekte auf dem Gebiet der „Ökonomie des Klimawandels“ gefördert, mit denen Wirtschaftswissenschaftler/innen effiziente Wege zur Erreichung dieser Ziele erforschen. Bei der Abschlusskonferenz der Förderlinie am 30. und 31. Mai 2022 in Berlin unterstrich das ZEW mit sieben präsentierten Projekten, zwei mitgestalteten Breakoutsessions und der Teilnahme von Prof. Dr. Martin Kesternich am Abschlusspanel seine prominente Rolle im deutschen klimaökonomischen Forschungsnetzwerk.

In einem abwechslungsreichen Programm bot die Konferenz den mehr als 200 Teilnehmenden einen kompakten Überblick über die Projektergebnisse von insgesamt 29 bundesweit durchgeführten Forschungsprojekten und stellte Bezüge zu aktuellen klimapolitischen Fragestellungen her. Im Fokus des Dialogs standen die Herausforderungen für eine wissenschaftlich fundierte Klimapolitik und die Potenziale ökonomischer Forschung im gesellschaftlichen Transformationsprozess. Zehn ZEW-Wissenschaftler/innen aus den Forschungsbereichen Umwelt- und Klimaökonomie sowie Digitale Ökonomie präsentierten die Ergebnisse von sieben erfolgreichen Forschungsprojekten im Rahmen der Förderlinie. Darüber hinaus wurden zwei Breakoutsessions von ZEW-Wissenschaftlern/-innen mitgestaltet, in denen sich Experten/-innen aus der Praxis auf die Suche nach erfolgversprechenden Wegen zur Klimaneutralität machten.

Quo vadis, Klimaökonomie?

Einen Höhepunkt bildete die Teilnahme von ZEW-Ökonom Martin Kesternich an der abschließenden Paneldiskussion. Im Austausch mit Karsten Hess (Referatsleiter im BMBF), Jakob Schlandt (Tagesspiegel), Sabine Fuss (MCC Berlin) und Moderatorin Conny Czymoch diskutierte Kesternich stellvertretend für das wissenschaftliche Executive Board des Begleitforschungsprojektes „Dialog zur Klimaökonomie“ die zentralen Heraus-

forderungen für eine zukunftsfähige Ausrichtung der klimaökonomischen Forschung in Deutschland. Das Interesse an klima- und energierelevanten Themen nehme stetig zu, so Kesternich, und damit auch die Anzahl an Akteuren, die sich aus unterschiedlichen Gründen und mit unterschiedlichen Motivationen zum Themenkomplex äußerten. Für gute wissenschaftliche Politikberatung sei es daher entscheidend, evidenzbasierte Handlungsoptionen herauszuarbeiten und den politischen Stakeholdern zu erläutern, ohne dabei in Versuchung zu geraten, der Politik die Entscheidung abnehmen zu wollen. Dem Leitprinzip des „evidence-based policy making“ drohe sonst eine Umkehr in ein Szenario des „policy-based evidence making“. Die Notwendigkeit der Begleitung ökonomischer, politischer und gesellschaftlicher Veränderung durch wissenschaftliche Forschung erfordere von Seiten der Politik aber auch den Mut, politische Programme systematisch durch empirische Evaluierungen begleiten zu lassen. Geschehe dies nicht, laufe man Gefahr, Maßnahmen gewissermaßen im Blindflug zu verabschieden.

Aufbau eines leistungsfähigen Netzwerks und Erfahrungsaustausch

Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung mit zentralen klimaökonomischen und -politischen Herausforderungen bot die zweitägige Konferenz für alle Beteiligten eine besondere Gelegenheit, das über zehn Jahre aufgebaute Netzwerk mit Akteuren/-innen aus ganz unterschiedlichen Bereichen der Klimapolitik zu stärken. Dazu gehörte insbesondere die Vernetzung von Nachwuchsforschern/-innen untereinander und mit Stakeholdern aus der Praxis sowie der offene Austausch über Möglichkeiten innerhalb und außerhalb der Wissenschaft, die erarbeiteten Forschungsergebnisse in die Debatte einzubringen und Beiträge für effektiven Klimaschutz zu leisten.

Prof. Dr. Martin Kesternich, martin.kesternich@zew.de

Führen selbstgewählte Ziele zu einem geringeren Stromverbrauch?

Es gibt viele Möglichkeiten, individuelles Verhalten in eine nachhaltigere Richtung zu lenken; ein Beispiel sind sogenannte Nudges. Als Politikintervention gedacht, können Nudges, wie selbstgewählte Ziele, Individuen zu besseren Entscheidungen verhelfen – sowohl aus privater wie auch aus gesellschaftlicher Sicht. Daher sind sie insbesondere im Umweltkontext relevant.

Eine ZEW-Studie untersucht erstmals die Effektivität von Zielen mit Blick auf die Verringerung des Stromverbrauchs von Haushalten in einem Feldexperiment, und zwar mithilfe einer App in einem Zeitraum von vier Monaten. In dieser konnten die Nutzer/innen ihren Zählerstand monatlich scannen und an das Energieversorgungsunternehmen senden. Außerdem erhielten alle Nutzer/innen Stromspartipps. Eine zufällig ausgewählte Gruppe (Treatmentgruppe) bekam zusätzlich Zugang zu einer Zielsetzungsfunktion in der App, in der sie aufgefordert wurde, sich ein Stromverbrauchsziel zu setzen. Nach Abschluss des Monats wurde diesen gemeldet, ob sie ihr Ziel erreicht oder verfehlt hatten.

Geringe Nachfrage nach der App

Trotz einer groß angelegten Marketingkampagne mit finanziellen Anreizen war die Nachfrage nach der App relativ gering und sank im Zeitverlauf. Auffällig ist, dass die Zielsetzungsfunktion im Zeitverlauf dazu führte, dass weniger Probanden/-innen die App nutzten. Dieser Trend ließ sich nur aufheben, wenn die Probanden/-innen einen zusätzlichen monetären Anreiz bekamen, wenn sie also beim Stromsparen Geld gewannen. Die Zielsetzungsfunktion wurde demnach eher als Nachteil denn

als Vorteil empfunden. Gleichzeitig zeigte die Treatmentgruppe keine signifikante Senkung ihres Stromverbrauchs im Vergleich zur Kontrollgruppe.

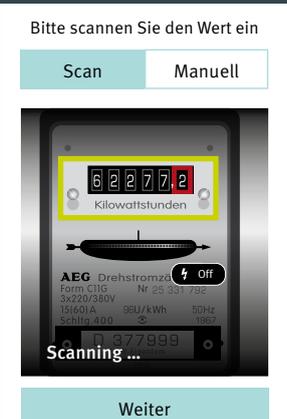
Eine Befragung unter den App-Nutzern/-innen gibt Aufschluss über mögliche Mechanismen dieser Ergebnisse: Viele der Nutzer/innen hatten bereits einen geringeren Stromverbrauch als der bundesweite Durchschnitt bei einer größeren Haushalts- und Wohnungsgröße. Auch wiesen sie keine der verhaltensökonomischen Parameter auf, welche in theoretischen Modellen die Effektivität von selbstgewählten Zielen erklären. Die geringe Nachfrage nach der Zielsetzungsfunktion sowie der nicht-signifikanten Effekte der Ziele auf den Stromverbrauch können somit mit einer nachteiligen Selektion in die Nutzergruppe der App erklärt werden. Es nahmen nur diejenigen teil, von denen keine Einsparungen durch die Zielsetzungstechnologie zu erwarten waren. Dies spiegelte sich auch in den Wohlfahrtseffekten der Stromsparziele wider. Eine Analyse des Nutzungsverhaltens zeigte, dass der/die durchschnittliche Nutzer/in bereit war, 7,41 Euro zu zahlen, um die Zielsetzungsfunktion abzuschalten.

Die Studie belegt somit, dass Zielsetzungs-Nudges nur bedingt effektiv in der Reduktion des Stromverbrauchs sind. Insbesondere nährt sie auch Zweifel, dass Smartphone-Apps für die großflächige Skalierung von Energiespar-Nudges geeignet sind. Wichtig wäre es, fokussierter Personen zu gewinnen, bei denen das Setzen von Einsparzielen mit einer Reduktion des Energieverbrauchs einhergehen würde.

Download der Studie: www.zew.de/PU81879

Prof. Dr. Andreas Löschel, Dr. Matthias Rodemeier,
Dr. Madeline Werthschulte, madeline.werthschulte@zew.de

EFFEKTIVITÄT VON ZIELEN IN DER REDUKTION DES STROMVERBRAUCHS VON HAUSHALTEN

A) WERT SCANNEN	B) ZIEL WÄHLEN	C) ERREICHTES ZIEL	D) VERFEHLTES ZIEL
			



Nachgefragt: Was kann der Einzelne für den Klimaschutz tun?

„Menschen sind bereit, sich zu engagieren, wenn sie wissen, andere tun auch etwas“

Im täglichen Leben bieten sich uns allen immer wieder Möglichkeiten, bei Entscheidungen Umweltaspekte zu berücksichtigen, etwa durch einen CO₂-Ausgleich beim Reisen. Doch wie können Menschen motiviert werden, sich umweltfreundlicher zu verhalten? ZEW-Wissenschaftler Prof. Dr. Martin Kesternich kann diese Frage auf Grundlage seiner Forschungsarbeiten beantworten.

In der Umwelt- und Klimaökonomik forscht ihr zum Thema „Motivation für den Klimaschutz“. Was sind eure Erkenntnisse?

Wir konnten zum Beispiel vor einiger Zeit mit einem Fernbusunternehmen zusammenarbeiten. Unser Ziel war es zu untersuchen, unter welchen Umständen mehr Fernbuskunden bereit sind, ihre Reise „grün“ zu machen, indem sie einen CO₂-Ausgleich zahlen. Um die 30 Prozent der Fernbusreisenden haben sich zu Beginn für die Kompensierung entschieden.

Doch wie kann man diese Rate steigern? Unsere Prämisse war, dass Menschen bereit sind, sich zu engagieren, wenn sie das Gefühl haben, andere tun auch etwas. Deshalb hat das Unternehmen auf jedes von den Reisenden kompensierte Kilogramm CO₂ noch etwas draufgelegt. Das hat zu einer signifikant höheren Bereitschaft geführt, die Kompensation zu buchen, vor allem dann, wenn das Unternehmen denselben Betrag „draufpackte“. Sprich: Die Strategie, die Summe gleichmäßig aufzuteilen, war am erfolgreichsten. Der Anreiz ist also das Gefühl, andere tun auch etwas. Das ist eine ganz wesentliche Botschaft aus diesen Studien.

Wissenschaftler sprechen vom Zusatznutzen, von Co-Benefits von Maßnahmen, die eine Entscheidung für den Klimaschutz beim Einzelnen beeinflussen können. Was hat es damit auf sich?

Bei CO₂-Ausgleichsprojekten gibt es oft einen Zusatznutzen ökonomischer, sozialer oder persönlicher Art, sogenannte Co-Benefits. Wenn sich zum Beispiel die lokale Luftqualität verbessert, steigt das persönliche Wohlbefinden. Allerdings ist die Wirkung der Betonung von Co-Benefits nicht bei jeder Klimaschutzmaßnahme gleich. Studien zeigen, dass der Hinweis auf Co-Benefits bei Kompensationsmaßnahmen über Zertifikate zusätzlich motiviert.

Wir haben uns in einer ZEW-Studie die Motivation zu einer anderen Klimaschutzmaßnahme angeschaut, nämlich die Unterstützung von Baumpflanzprojekten. In Mannheim findet 2023 die Bundesgartenschau statt, für die Bäume gepflanzt werden, als Klimaschutzprojekt. Die Teilnehmer/innen unserer Studie bekamen von uns Geld, das sie für die Pflanzaktion spenden konnten, und das war sehr erfolgreich. Das Interessante: Die Teilnehmer/innen, die wir über die Co-Benefits aufklärten, zeigten keine darüber hinausgehende Spendenbereitschaft. Offenbar sind Bäume – deren Klimaschutzeffekt erst einmal deutlich geringer ist als beispielsweise ein CO₂-Ausgleich durch den Er-

werb und die Stilllegung von Zertifikaten aus dem europäischen Emissionshandelssystem – so tief als nützliche Maßnahme verankert, dass eine Spendenbereitschaft durch den Hinweis auf Co-Benefits nicht gesteigert werden kann. Man muss sich also sehr genau anschauen, welche Maßnahmen man mit einem Hinweis auf den Zusatznutzen zu verbreiten versucht.

Viele Städte betreiben ja Klimaschutz – wirkt das auch auf die Motivation des Einzelnen?

Städte betreiben Klimaschutz, indem sie mit gutem Beispiel vorangehen und hoffen, dass ihre Bürger/innen mitziehen. In unserer Forschung haben wir einem Teil der Teilnehmer/innen erklärt, was die Stadt Mannheim schon alles im Zusammenhang mit der Bundesgartenschau in den Klimaschutz investiert hat, zum Beispiel in die Bäume. Tatsächlich führte das Engagement der Kommune nicht zu einer höheren Spendenmotivation. Was allerdings gut klappte: Den Menschen zu sagen, wie viel andere Personen – Nachbarn/-innen, Mitglieder der eigenen Peer-group – geleistet haben. Man spricht vom „Peer Effect“.

Die Orientierung an der Gruppe scheint also wichtig. Gilt das auch fürs Reisen?

Ob das beim Reisen auch funktioniert, wissen wir nicht. Dazu liegt noch keine ausreichende empirische Evidenz vor. Eines ist aber wichtig: Peer Effects können zu Polarisierungen führen. Wenn in einer Peer Group weniger geflogen wird, sinkt in der Gruppe vielleicht auch die Akzeptanz dafür, dass andere doch noch fliegen. Das halte ich für gefährlich. Das Klima ist ein globales und öffentliches Gut. Wo und an welcher Stelle wir CO₂ einsparen, ist für das Klima völlig irrelevant. Aus ökonomischer Sicht sollten wir da CO₂ einsparen, wo es am günstigsten ist.



Prof. Dr. Martin Kesternich

ist stellvertretender Leiter des ZEW-Forschungsbereichs „Umwelt- und Klimaökonomik“ und seit Januar 2019 Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Umwelt- und Ressourcenökonomik, an der Universität Kassel. Er studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim und der Pontificia Universidad Católica Argentina in

Buenos Aires. 2015 schloss er seine Promotion an der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg ab. Seine Forschungsinteressen umfassen experimentelle und empirische Ansätze in der Umwelt- und Verhaltensökonomik.

martin.kesternich@zew.de



In eigener Sache: Ab sofort regelmäßig digital informiert über das ZEW

Liebe Leserinnen und Leser,

Sie schätzen es, regelmäßig über Forschungsergebnisse, Seminare, Publikationen und Veranstaltungen am ZEW informiert zu werden. Ab sofort können Sie dafür unseren neuen Service „ZEW Monthly“ ganz bequem digital nutzen.

Was bietet Ihnen das neue Informationsangebot? „ZEW Monthly“ setzt auf den bewährten Themenmix, vertieft aber zusätzlich aktuelle Debatten mit profunden Artikeln. Wenn Sie wünschen, gelangen Sie durch Verlinkungen im oder am Ende eines Artikels zu weiteren Informationen und Daten.

Wie können Sie das neue Informationsangebot nutzen? Es gibt zwei Möglichkeiten: (1) Scannen Sie mit Ihrem Smartphone den QR-Code rechts, registrieren Sie sich, und erhalten Sie wie gewohnt monatlich alles Wissenswerte rund um das ZEW in kompakter Form an Ihre E-Mail-Adresse. (2) Registrieren Sie sich unter www.zew.de/publikationen/zew-periodika/zew-newsletter-anmeldung einmalig für das neue Informationsangebot. Danach können Sie „ZEW Monthly“ auf Ihrem PC, Laptop oder Smartphone lesen. Ihnen entstehen keine Kosten, und Sie können den Bezug des „ZEW Monthly“ jederzeit widerrufen.

Als Wirtschaftsforschungsinstitut legen wir großen Wert auf Effizienz und stellen daher den Druck und Vertrieb der „ZEWnews“ mit dieser Ausgabe ein. Wir danken Ihnen ganz herzlich für Ihre langjährige Treue und Ihr Interesse am Institut. Wir würden uns aber natürlich freuen, Sie schon bald zu den Abonnenten/-innen unseres neuen digitalen Informationsangebots „ZEW Monthly“ zählen zu dürfen!

Ihre ZEWnews-Redaktion



ZEW-Förderkreis erhöht seine regionale Reichweite und Diversität: erweiterter Vorstand und Dr. Ralph Rheinboldt als Vorstandsvorsitzender bestätigt

Der ZEW – Förderkreis Wissenschaft und Praxis e.V. hat in seiner Mitgliederversammlung am 4. Juli 2022 Dr. Ralph Rheinboldt, Vorstandsmitglied der Fuchs Petrolub AG, zum Vorsitzenden gewählt. Außerdem wurde der erweiterte Gesamtvorstand einschließlich vier neu berufener Mitglieder bestätigt.

Dr. Rheinboldt übernahm das Amt des Vorsitzenden zum 1. Februar 2022 von Dr. Georg Müller, dem Vorstandsvorsitzenden der MVV Energie AG. Dr. Müller hatte sich nach mehr als fünf Jahren erfolgreicher Arbeit aus dem Vorstand des Förderkreises zurückgezogen. Im Rahmen der Mitgliederversammlung am ZEW dankte ihm der Vorstand für sein Engagement an der Vereinsspitze. ZEW-Präsident Professor Achim Wambach, PhD hob hervor: „Dr. Müller hat durch seinen Einsatz und seine Initiativen die Arbeit des Vereins auf ein neues Niveau gehoben. Stellvertretend für das gesamte ZEW danke ich ihm herzlich für die ausgezeichnete Zusammenarbeit.“

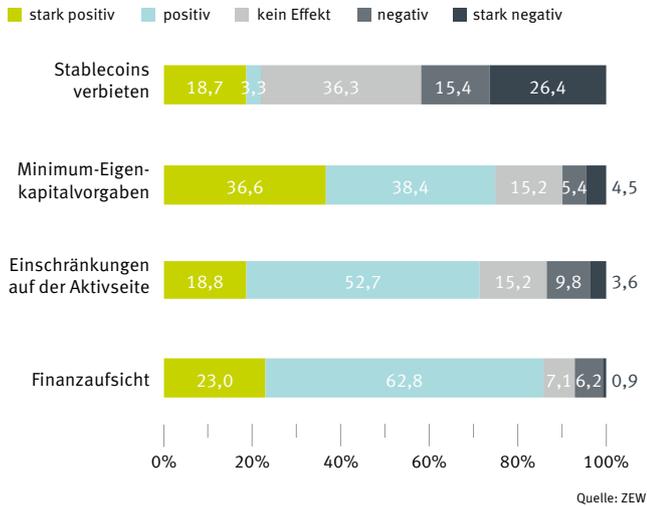
Im Rahmen des ersten persönlichen Treffens nach zweieinhalb Jahren Corona-bedingter Pause bestätigten die Mitglieder außerdem die Schatzmeisterin des Vereins, Claudia Diem (Baden-Württembergische Bank), und den stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden, Luka Mucic (SAP SE), in ihren Ämtern, ebenso die Vorstände Manfred Bauer (MLP SE) und Dr. Ralf Krieger (Freudenberg SE). Dazu erhöht der Förderkreis seine Wirkungskraft mit einer

Erweiterung des Vorstands um vier neue Mitglieder. Erstmals in das Gremium wurden gewählt Karin Dohm (Hornbach Baumarkt AG), Saori Dubourg (BASF SE), Alexander Moser (Roche Diabetes Care GmbH) und Markus Ochsner (ABB AG). Der Kaufmännische Direktor des ZEW, Thomas Kohl, erklärte: „Mit dem erweiterten Vorstand baut der Förderkreis seine regionale Reichweite und Diversität aus. Das ZEW freut sich auf die Kooperation in den kommenden Jahren.“



Der erweiterte ZEW-Förderkreis (erste Reihe v.l.n.r.: Karin Dohm, Saori Dubourg, Manfred Bauer, Claudia Diem, Dr. Ralph Rheinboldt, zweite Reihe v.l.n.r.: ZEW-Präsident Professor Achim Wambach, PhD, Alexander Moser, Markus Ochsner, Dr. Ralf Krieger, ZEW-Geschäftsführer Thomas Kohl). Foto: © Erich Dichser EDM

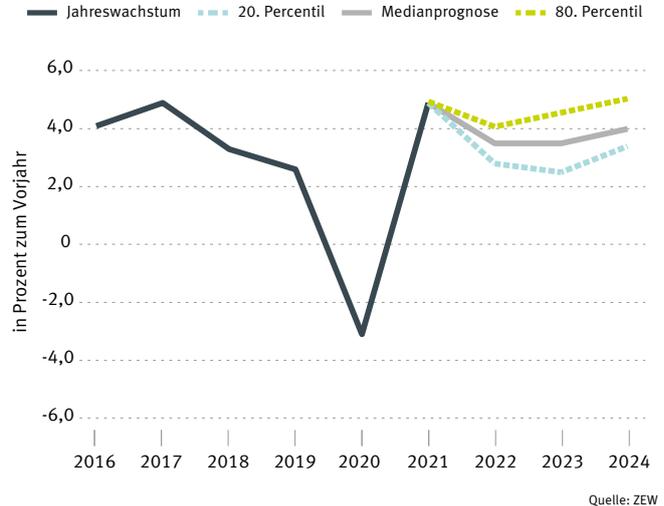
Deutliche Mehrheit spricht sich für die Regulierung von Stablecoins aus



Das Vertrauen der Anleger/innen in Kryptowährungen wird derzeit auf eine harte Probe gestellt: Die Ausverkäufe an den Märkten sind enorm. Die vom ZEW befragten Finanzmarktexperten/-innen sprechen sich mit großer Mehrheit für eine allgemeine Regulierung der Emittenten von Stablecoins aus. Gleichzeitig sehen aber die meisten Befragten für das traditionelle Finanzsystem ein nur geringes Risiko von großen Asset Backed Stablecoins, also Kryptowerten, die mit Finanzwerten aus dem traditionellen Finanzsystem abgesichert sind. Im Einzelnen sprechen sich etwa 85 Prozent der Teilnehmenden für eine allgemeine Regulierung der Emittenten von Stablecoins aus. Stablecoins vollständig verbieten würden aber nur wenige Befragte. Rund 42 Prozent beurteilen ein Verbot negativ. Etwa 36 Prozent erwarten keinen Effekt auf das systemische Risiko von Stablecoins, und rund 22 Prozent sehen ein Verbot insgesamt positiv.

Dr. Frank Brückbauer, frank.brueckbauer@zew.de

Finanzmarktexperten/-innen erwarten moderates Wachstum bis 2024



Für dieses und die kommenden Jahre rechnen die Finanzmarktexperten/-innen für die deutsche Wirtschaft im Durchschnitt mit moderaten jährlichen Wachstumsraten. Im Vergleich zum April 2022 fallen die aktuelle Prognosen für 2022 und 2023 niedriger und für 2024 ähnlich aus. Es wird erwartet, dass das Wachstum durch Inflation, Rohstoffknappheit und Unterbrechungen in den Lieferketten stark negativ beeinflusst wird. Das sind die Ergebnisse der Sonderfrage zum ZEW-Finanzmarkttest Juli 2022. Was die deutsche Wirtschaft betrifft, so erwarten die Finanzmarktexperten/-innen für 2022 im Median ein reales Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent. Für 2023 haben sie ihre Prognosen deutlich nach unten korrigiert und prognostizieren nun eine stabile Wachstumsrate im Vergleich zu 2022 (1,5 Prozent gegenüber 2,5 Prozent in der April-Umfrage). Mit einem Wiederanstieg des Wirtschaftswachstums rechnen sie für 2024.

Thibault Cézanne, thibault.cezanne@zew.de



Neues Podcast-Format „Kurz eingeordnet“

Das ZEW erweitert seinen bisherigen Podcast „Wirtschaft · Forschung · Debatten“ um ein neues Kurzformat: In „Kurz eingeordnet“ analysieren ZEW-Wissenschaftler/innen aktuelle politische Debatten aus ökonomischer Perspektive. In der aktuellen Folge spricht Dr. Simon Reif mit Host Dominic Egger über den drohenden Anstieg des Krankenkassenbeitrags und die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Abonnieren können Sie den Podcast unter: <https://wirtschaft-forschung-debatten.podigee.io/24-kurz-eingeordnet-krankenkassenbeitrag>. Geben Sie uns auch gerne Feedback unter podcast@zew.de.



Rabatt gibt es nur bei Wettbewerb

Bereits vor dem Krieg in der Ukraine war der Preis für Öl aufgrund der wachsenden Nachfrage auf über 90 Dollar pro Barrel angestiegen. Im Jahr 2021 lag er noch bei 70 Dollar, ein Jahr zuvor bei 40 Dollar. Der Krieg und die Sorge vor einer Unterbrechung der Energieversorgung

haben die Preise weiter steigen lassen, in der Spitze auf über 120 Dollar. Der Treibstoffpreis an den Tankstellen hat diese Entwicklung nachvollzogen.

Um die Autofahrer/innen zu entlasten, hat die Regierung einen Tankrabatt eingeführt. Der Preis für den Liter Benzin wird für drei Monate um 35,2 Cent gesenkt, für den Liter Diesel um 16,7 Cent. Bereits bei der Ankündigung gab es heftige Kritik an diesem Programm, das etwa drei Milliarden Euro kosten wird: Dies sei Förderung mit der Gießkanne, es helfe den Reichen und nicht den Armen; es setze falsche Anreize, da der Rabatt eher zu Mehrverbrauch statt zum notwendigen Energiesparen anrege. Nach dem Start des Programms am 1. Juni hat sich die Diskussion verlagert. Zwar fielen die Benzin- und Dieselpreise an diesem Tag um 27 Cent beziehungsweise 12 Cent, aber der auffällige Preisanstieg vor dem 1. Juni sowie ein erneuter Preisanstieg ab dem 2. Juni hat viele Menschen vermuten lassen, dass der Tankrabatt in die Taschen der Mineralölkonzerne wandert.

Ein Tankrabatt wird in dem Ausmaß weitergegeben, in dem Wettbewerb im Markt herrscht. Eine Studie der Universität München zeigt, dass die Mehrwertsteuerreduktion während der Corona-Krise zu etwa zwei Dritteln von den Tankstellen weitergegeben wurde. Interessanterweise war die Preisreduktion für Diesel stärker als die für Benzin. Die Autoren/-innen erklären diesen Effekt damit, dass der Markt für Diesel wettbewerbsintensiver sei, da hier die professionellen Vielverbraucher wie Speditionen und Taxifahrer/innen als Nachfrager aktiv sind, die preissensibler agieren. Mittlerweile zeigen mehrere Studien, dass der Tankrabatt vermutlich weitgehend weitergegeben wurde.

Bei der Frage nach Wettbewerbsproblemen sind die Mineralölkonzerne kein unbeschriebenes Blatt. Bereits 2012 hatte das Bundeskartellamt eine Sektoruntersuchung im Bereich Mineralöl

eingeleitet. Auch jetzt hat sich das Bundeskartellamt eingeschaltet und eine Untersuchung der Raffinerie- und Großhandelsebene eingeleitet. Die Monopolkommission hatte sich 2018 den Mineralölmarkt genauer angeschaut, und zwar hinsichtlich der Eigentümerstruktur. Bei den fünf größten Mineralölkonzernen, die in Deutschland Tankstellen betreiben, besitzen Investoren, die an allen fünf beteiligt sind, Anteile zwischen 20 und 40 Prozent. Für diese Investoren ist es unerheblich, ob der eine oder der andere Konzern mehr Gewinne macht – sie interessieren sich für den Gewinn der gesamten Industrie. Das wirkt wie Sand im Getriebe des Wettbewerbs, da ein wesentliches Element – das Anbieten guter Qualität und günstiger Preise, um Kunden/-innen der Wettbewerber zur eigenen Tankstelle zu locken – zumindest von diesen Investoren nicht gewertschätzt wird. Vorschläge, um dem Problem zu begegnen, wie etwa das Ausmaß der Beteiligungen zu beschränken, wenn man an mehreren Unternehmen desselben Sektors beteiligt ist, liegen vor. Die derzeit diskutierte Übergewinnsteuer als Reaktion auf Wettbewerbsprobleme ist hingegen abzulehnen. Das Steuerrecht ist kein Ersatz für die Wettbewerbspolitik. Es würde allerdings helfen, die Voraussetzungen zu schaffen, dass das Bundeskartellamt leichter Geldbußen verhängen kann, wenn ein Missbrauch vorliegt.

Eine Erkenntnis aus der oben erwähnten Münchner Studie ist, dass intensivere Preisvergleiche durch Konsumenten/-innen dazu beitragen können, zu niedrigeren Preisen zu kommen. Preisvergleiche sind im Tankstellenmarkt besonders einfach: Heutzutage kann jede/r online nachschauen, wo im Umkreis der Treibstoff am günstigsten ist. Auch wenn man im Einzelfall nur wenige Cent pro Liter einspart – der Wettbewerbsdruck auf die Konzerne kann helfen, das Preisniveau insgesamt zu senken.

A handwritten signature in blue ink, likely belonging to Prof. Achim Wambach.

ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, PhD

Dieser Beitrag ist in einer längeren Version am 14. Juni 2022 in der „Süddeutschen Zeitung“ erschienen.

ZEWS

ZEWS news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: ZEWS – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim
L 7, 1 · 68161 Mannheim · www.zew.de

Präsident: Prof. Achim Wambach, PhD · **Kaufmännischer Direktor:** Thomas Kohl

Redaktion: Sabine Elbert · Telefon +49 621 1235-133 · sabine.elbert@zew.de

Ruprecht Hammerschmidt · Telefon +49 621 1235-132 · ruprecht.hammerschmidt@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© ZEWS – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim, 2022